

Dieselbe Frage wurde in der zweiten Kammer vom 28. Novbr., nachdem eine kurze Besprechung darüber stattgefunden hatte, die von Dieskau eröffnete, der sehr treffend und wahr folgendes sagte: „Er sei vielleicht der Einzige, der für Erlassung einer Adresse sprechen und stimmen werde. Die Thronrede, fügt er zur Begründung seiner Ansicht hinzu, solle sich über den Parteistandpunkt erheben, allein daß dies bei der diesmaligen nicht der Fall sei, beweise mehr als ein Umstand. Kein milder, versöhnlicher Blick falle auf die Maiangeklagten, bei der deutschen Frage sei der Mitwirkung des Volkes mit keiner Silbe gedacht, von der Aufhebung des Belagerungszustandes sei keine Rede. Die Thronrede gebe zu erkennen, daß das Staatsoberhaupt von den Zuständen und Wünschen des Volkes übel unterrichtet sei. Die Adresse müsse daher eine Appellation sein, a rege mala informato ad regem melius informandum. Ueberall seien Spuren eines rechtlosen Zustandes sichtbar, die Selbstständigkeit der Richter gefährdet, die Hand der Beamten liege schwer auf dem Volke, die traurige Lage der Gewerbe sei nicht erleichtert, Landmann wie Bürger seufzen unter der Last der vermehrten Militärmasse. Er stimme nicht mit denen überein, die behaupten, da, wo wenig verheißten worden, sei eine Adresse nicht nöthig, auch nicht mit denen, die die Langmuth des Volkes durch eine lange Adressdebatte noch mehr ermüden wollen, da ohnedies schon viel Zeit — obwohl ohne Schuld der Volksvertretung verloren sei; er habe nicht gesprochen, weil er glaube, einen schon im voraus gefaßten Beschluß zu ändern, sondern um seine Ueberzeugung offen kund zu geben und seine Abstimmung zu motiviren“ gegen 6 Stimmen (Dieskau, Häring, Heubner, Thallwitz, Wagner aus Schneeberg und Wich) abgeworfen.

Die Adresse ist gefallen, die Kammern beobachten tiefes Schweigen, darum wollen wir wenigstens eine von einem Mitgliede der Linken entworfene Adresse mittheilen:

Allerdurchlauchtigster etc.

Die ernste Zeit, deren Bild Ew. Maj. gewichtige Worte uns vortrugen, fordert uns auf, unsere treue und gewissenhafte Mitwirkung anzubieten, um den Stürmen derselben mit vereinter Kraft entgegenzutreten.

Schwere, beklagenswerthe Ereignisse haben nicht allein dem Herzen Ew. Majestät, sondern auch dem gesammten Vaterlande tiefe Wunden geschlagen.

Ihre Heilung erwarten wir besonders von der väterlichen Gesinnung Ew. Majestät, welche — das hoffen wir mit Zuversicht — zu vergeben und zu vergessen wissen wird, wo die Strenge des Gesetzes nur Schuldige und Strafbare finden mag.

Zur Beruhigung gereicht es uns, daß Ew. Majestät das Panier der deutschen Einheit unter dem Drange

der Begebenheiten nicht sinken ließen. Auch unsere Kräfte werden diesem Ziele nachstreben und Deutschlands Einheit und Freiheit unsere Losung bleiben.

Unser Dank und unsere Anerkennung gebührt unsern tapfern Kriegeren, welche in Schleswig-Holstein für Deutschlands Sache stritten und im leider erfolglosen Kampfe die Ehre des sächsischen Namens aufrecht erhielten.

Die von Ew. Majestät für nothwendig erachteten Erhöhung der Steuern legt uns die Pflicht auf, auf Ersparnisse im Staatshaushalte hinzuwirken, wo diese dem Wohle des Staates nicht widerstreiten. Sind aber außerordentliche Opfer nicht zu vermeiden, so werden wir von dem Grundsatz ausgehen, daß dieselben von denjenigen, welche an die Staatskasse zahlen, und von denen, welche aus derselben empfangen, gemeinschaftlich zu tragen sind.

Wir vertrauen der Weisheit Ew. Majestät, daß es derselben gelingen werde, das Band treuer Anhänglichkeit zwischen dem sächsischen Volk und dessen Fürsten von Neuem zu knüpfen und die bedrängte Lage unseres Vaterlandes zu erleichtern.

Mit tiefem Bedauern müssen wir jedoch hinzufügen, daß es uns nicht möglich ist, dieses Vertrauen auf die verantwortlichen Räte der Krone überzutragen, da manche Zweifel über die Gesetzmäßigkeit und Verfassungsmäßigkeit der von ihnen getroffenen Maßregeln in unserer Mitte entstanden sind, welche noch einer ferneren Erörterung unterliegen.

In tiefster Verehrung und unwandelbaren Treue verharren wir

Ew. Maj. u. s. w.

August Bernigau.

Aus Keil's „Leuchtturm.“

Ich habe die Briefe vor mir, welche der am 20. October d. J. zu Rastatt erschossene August Bernigau am Abende vor seinem Tode an seine hiesigen Verwandten geschrieben hat. Ich will Ihnen wenigstens im Auszuge dieselben mittheilen.

„Zum letzten Male schreibe ich an Euch. Soeken erhalte ich die Nachricht, daß der König nicht für gut befunden hat, meine Strafe zu mildern. Es ist am Ende auch so besser. Ich sterbe unschuldig, ich sterbe im Vertrauen auf Gottes Gerechtigkeit. Man bestrafte mich ungewöhnlich hart, und zwar deshalb, weil ich preussischer Offizier gewesen bin. Durch die mancherlei Leiden, die ich ertragen und die zum Theil von meinen politischen Feinden künstlich gemacht worden sind,